

Erklärung der Kommission „Reform des Studentenwerks“ zur Vorstandssitzung des Studentenwerks Berlin am 26.06.03

Der Vorstand des Studentenwerks hatte eine Kommission zur Reform des Studentenwerks eingesetzt. Als Ziel wurde die Stärkung des Einflusses der Studierenden festgelegt. Die Kommission hatte auf Wunsch des Vorstands eine studentische Mehrheit. Die Hälfte ihrer Mitglieder war von der Landesastenkonzferenz (LAK) bestimmt.

Die Kommission hat dem Vorstand einen detaillierten sachlichen Bericht vorgelegt, der ein ganzes Spektrum an Empfehlungen enthält, wie die Mitarbeit und der Einfluss der Studierenden im Studentenwerk substanziell wie strukturell verbessert und vergrößert werden kann. Hierbei legte die Kommission entscheidenden Wert darauf, einen Kompromiss zu erreichen, der von allen Mitgliedern getragen wird und der den Vorstellungen der LAK entgegenkommt.

Vor dem Hintergrund dieser arbeits- wie zeitintensiven Bemühungen um einen Konsens zwischen Studierenden und Nicht-Studierenden sind alle Mitglieder der Kommission verärgert, dass der Vorstand offensichtlich keinerlei Anstrengungen unternommen hat, sich mit den Empfehlungen der Kommission im Einzelnen auseinanderzusetzen.

Der nun vorliegende Beschluss des Vorstands, eine Gremienstruktur zu bestimmen, in der unter Einbeziehung einer Gruppe von externen Beratern ein drittelparitätisches Modell durchgesetzt werden soll, steht nicht nur klar im Widerspruch zu allen Beschlüssen der LAK, sondern hat auch mit dem ursprünglichen Arbeitsauftrag der Kommission wenig zu tun. Wenn die studentischen Mitglieder der Kommission trotz dieser veränderten Auftragslage ihre Mitarbeit nicht aufkündigen, dann nur, a) weil sie sich in enger Zusammenarbeit mit der LAK dafür einsetzen werden, dass die weitreichenden Empfehlungen der Kommission politisch umgesetzt werden, und b) sie sich als kleinsten gemeinsamen Nenner ein Gremienmodell vorstellen können, in dem eine halbparitätische Besetzung vorgesehen ist, vorausgesetzt, dass die anderen Empfehlungen der Abschlussberichte auch Bestandteil des neuen Abschlussberichtes werden.

Die Kommission verweist darauf, dass die Halbparität den Gesetzen vieler Länder entspricht. Unter anderem ist dies in Brandenburg so festgelegt. Die Kommission sieht keinen Anlass zu einem Vorschlag unterhalb dieser Grenze. **Auch nach Aussage des Generalsekretärs des Deutschen Studentenwerks sind keine Fälle bekannt, in denen eine solche Halbparität zu irgendwelchen praktischen Problemen geführt hat. Eine besondere Berliner Regelung zu formulieren, die beim geplanten Zusammengehen der Länder Berlin und Brandenburg keinen Bestand hätte, erscheint wenig sinnvoll.**

Die Kommission erwartet vom Vorstand, dass er die neuen Vorschläge im Detail berät und die schriftlich dargelegten Argumente auf Stichhaltigkeit und Schlüssigkeit überprüft sowie abweichende Meinungen schriftlich begründet, damit das sachliche Niveau der Auseinandersetzung auch für alle Interessierten erhalten und die Argumentation nachvollziehbar bleibt.

(i.A. der Kommission)

Berlin, d. 04.08.03

Kopien:

- An den Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Flierl
- An den Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Peer Pasternak
- An die hochschulpolitischen Sprecher der Fraktionen